



INSOLVENZEN IN DEUTSCHLAND

Jahr 2023

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahr 2023	1
1.2	Verluste und Schäden durch Insolvenzen	3
1.3	Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste	4
1.4	Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter	5
1.5	Insolvenzen nach Rechtsformen	7
1.6	Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen	8
1.7	Regionale Insolvenzentwicklung	12
1.8	Großinsolvenzen	13
2	Sonderthema Bauwirtschaft: Schwächephase oder ernste Krise?	17
3	Zusammenfassung	22

■ 1 Insolvenzen

1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahr 2023

Deutschland steckt seit einem Dreivierteljahr in einer Rezession. Damit erweist sich die Konjunkturkrise als länger anhaltend und hartnäckiger als ursprünglich angenommen. Inflation, Zinswende und eine weltwirtschaftliche Schwächephase belasten die Unternehmen. So dürfte die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr aller Voraussicht nach um 0,4 Prozent schrumpfen (Sachverständigenrat Wirtschaft). Im Frühjahr war noch mit einem leichten Wachstum gerechnet worden. Gleichzeitig gerieten die Verbraucher in den vergangenen Monaten infolge steigender Lebenshaltungskosten und sinkender Realeinkommen zunehmend unter Druck und schränkten die Konsumausgaben ein. Somit schwächelte auch die Binnenkonjunktur.

Rezession in Deutschland – Insolvenzen steigen wieder

Das Insolvenzgeschehen in Deutschland blieb von diesen Entwicklungen nicht unberührt. Als nachlaufender Indikator spiegeln mittlerweile auch die Insolvenzzahlen die dicht aufeinanderfolgenden Krisen der vergangenen Jahre. Dabei hatte die Bundesregierung mit milliardenschweren Hilfsmaßnahmen die Belastungen aus den Preisexplosionen noch abgemildert (z. B. Energiepreisbremse). Dennoch: Bereits im Vorjahr (2022) war ein (leichter) Anstieg der Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen (plus 3,8 Prozent). Dieser Trend hat sich im Jahr 2023 nicht nur fortgesetzt, sondern erheblich beschleunigt.

So stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen deutlich zweistellig um 23,5 Prozent auf 18.100 Fälle (2022: 14.660). Damit liegen die Insolvenzzahlen wieder in Bereichen wie zuletzt 2019 (18.830 Fälle). Im historischen Vergleich bleibt auch die aktuelle Zahl der Unternehmensinsolvenzen noch niedrig. Vor 10 Jahren (2013) lag die jährliche Zahl der Unternehmensinsolvenzen um rund 8.000 Fälle höher. Gleichwohl ist die Trendwende unverkennbar. Angesichts der schwachen Konjunktur in vielen Branchen und

Unternehmen: zweistelliger Anstieg

der verschlechterten Rahmenbedingungen ist ein Anstieg der Insolvenzen nur folgerichtig.

Trendwende auch bei den Verbrauchern

Der noch im letzten Jahr deutlich rückläufige Trend bei den Verbraucherinsolvenzen (minus 16,5 Prozent) setzte sich 2023 nicht fort. Die Richtung des Insolvenzgeschehens hat sich gedreht. Mit Ausnahme des „Sonderjahres“ 2021, als deutliche Erleichterungen für Privatpersonen bei der Restschuldbefreiung zu einem kurzzeitigen massiven Anstieg der Verbraucherinsolvenzen führten (plus 86,6 Prozent), wurden erstmals seit dem Jahr 2010 wieder mehr Verbraucherinsolvenzen gemeldet. So wurden für 2023 66.200 Verbraucherinsolvenzverfahren registriert – ein leichtes Plus von 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2022: 65.930). Dabei herrschte am Arbeitsmarkt in den vergangenen Monaten noch weitgehend Stabilität, so dass sich die Einkommenssituation der Verbraucher insgesamt nicht deutlich verschlechterte.

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen		sonstige Insolvenzen **)	
2014	135.020	- 4,6%	24.030	- 8,0%	86.460	- 5,4%	24.530	+ 1,7%
2015	127.570	- 5,5%	23.180	- 3,5%	80.220	- 7,2%	24.170	- 1,5%
2016	122.590	- 3,9%	21.560	- 7,0%	77.260	- 3,7%	23.770	- 1,7%
2017	115.710	- 5,6%	20.140	- 6,6%	71.960	- 6,9%	23.610	- 0,7%
2018	109.930	- 5,0%	19.410	- 3,6%	67.740	- 5,9%	22.780	- 3,5%
2019	104.360	- 5,1%	18.830	- 3,0%	62.810	- 7,3%	22.720	- 0,3%
2020	76.730	- 26,5%	16.040	- 14,8%	42.300	- 32,7%	18.390	- 19,1%
2021	121.190	+ 57,9%	14.130	- 11,9%	78.920	+ 86,6%	28.140	+ 53,0%
2022	105.180	- 13,2 %	14.660	+ 3,8 %	65.930	- 16,5 %	24.590	- 12,6 %
2023 *)	109.200	+ 3,8 %	18.100	+ 23,5 %	66.200	+ 0,4 %	24.900	+ 1,3 %

*) von Creditreform geschätzt

***) sonstige Insolvenzen: ehemals selbstständig Tätige, natürliche Personen als Gesellschafter, Nachlässe

Insgesamt wurden im Jahr 2023 109.200 Insolvenzverfahren in Deutschland registriert. Das war ein Anstieg um 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2022: 105.180). Dabei zeigen die Entwicklungstrends bei Unternehmen und Verbrauchern in die gleiche Richtung, auch wenn zumindest bei den privaten Ver-

brauchern (noch) nicht von einer Insolvenzwelle gesprochen werden kann. Allerdings lässt der Blick in die Zukunft angesichts anhaltend schwacher Konjunkturaussichten und weltweiter Risiken weiter steigende Zahlen erwarten. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden sich die negativen Auswirkungen von Rezession, Inflation und internationalen Krisen in den kommenden Monaten in steigenden Insolvenzen spiegeln.

1.2 Verluste und Schäden durch Insolvenzen

Infolge von Unternehmensinsolvenzen sind im Jahr 2023 Gläubigerschäden von schätzungsweise 34,0 Mrd. Euro entstanden. Die Schadenssumme stieg vorrangig durch die erhöhten Fallzahlen bei den Insolvenzen. Auch waren wieder Großinsolvenzen zu verzeichnen, die für ein einzelnes hohes Schadenserignis sorgen (vgl. Kap. 1.8). Im Durchschnitt summieren sich die ausfallbedrohten Forderungen auf etwa 1,9 Mio. Euro pro Insolvenzfall. In den meisten Fällen war die Schadenssumme allerdings erheblich niedriger.

Schäden höher als im Vorjahr

Tab. 2: Schäden durch Unternehmensinsolvenzen in Deutschland in Mrd. Euro

■	Forderungsverluste je Insolvenzfall in TEUR	Gesamt
2014	1.086	26,1
2015	846	19,6
2016	1.276	27,5
2017	1.346	27,1
2018	1.036	20,1
2019	1.248	23,5
2020	2.656	42,6
2021	3.609	51,0
2022	2.231	32,7
2023 *)	1.878	34,0

*) von Creditreform geschätzt

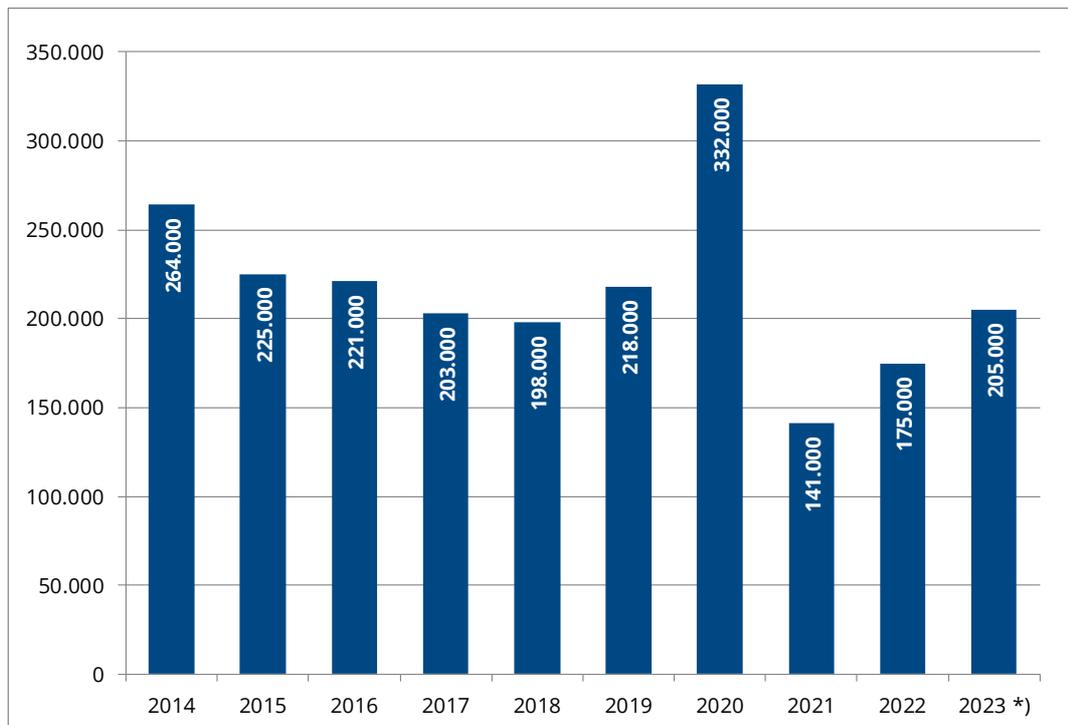
Da ein Teil der Forderungen von den Gläubigern verspätet oder gar nicht angezeigt werden, muss die Schadenssumme als Schätzung verstanden werden. Gleichzeitig können Gläubigerforderungen im Verlauf des Insolvenzverfahrens ganz oder teilweise noch befriedigt werden. Allerdings zeigen einschlägige Untersuchungen, dass Gläubiger meist weitgehend leer ausgehen müssen.

1.3 Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste

Bei den insolvenzbedingt bedrohten Arbeitsplätzen bzw. tatsächlichen Arbeitsplatzverlusten zeigt sich ein deutlicher Anstieg. Aufgrund der diesjährigen Unternehmensinsolvenzen sind bundesweit rund 205.000 Stellen bedroht bzw. weggefallen. Das waren 30.000 Arbeitsplätze mehr als im Vorjahreszeitraum. Neben den betroffenen Arbeitnehmern in den insolventen Unternehmen selbst werden auch weggefallene Stellen in die Schätzung einbezogen, die im Vorfeld der Insolvenz bereits abgebaut worden sind.

Mehr als 200.000 Arbeitsplätze in Gefahr

Abb. 1: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland



*) von Creditreform geschätzt

1.4 Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter

In allen Unternehmensaltersklassen steigen derzeit die Insolvenzzahlen. Dabei erhöhten sich die Fallzahlen bei jungen Unternehmen (bis 2 Jahre) und älteren Unternehmen (über 10 Jahre) weniger stark als in den mittleren Altersklassen. Überdurchschnittliche Zuwächse waren zu verzeichnen in den Altersklassen 3 bis 4 Jahre (plus 30,8 Prozent), 9 bis 10 Jahre (plus 29,4 Prozent) und 7 bis 8 Jahre (plus 28,0 Prozent).

Starker Anstieg bei mittleren Altersklassen

Tab. 3: Insolvenzen nach Unternehmensalter 2023 *)

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
0 bis 2 Jahre	1.390 (1.180)	7,7 (8,0)	+ 17,8
3 bis 4 Jahre	2.630 (2.010)	14,5 (13,7)	+ 30,8
5 bis 6 Jahre	2.730 (2.200)	15,1 (15,0)	+ 24,1
7 bis 8 Jahre	2.100 (1.640)	11,6 (11,2)	+ 28,0
9 bis 10 Jahre	1.630 (1.260)	9,0 (8,6)	+ 29,4
über 10 Jahre	7.620 (6.370)	42,1 (43,5)	+ 19,6

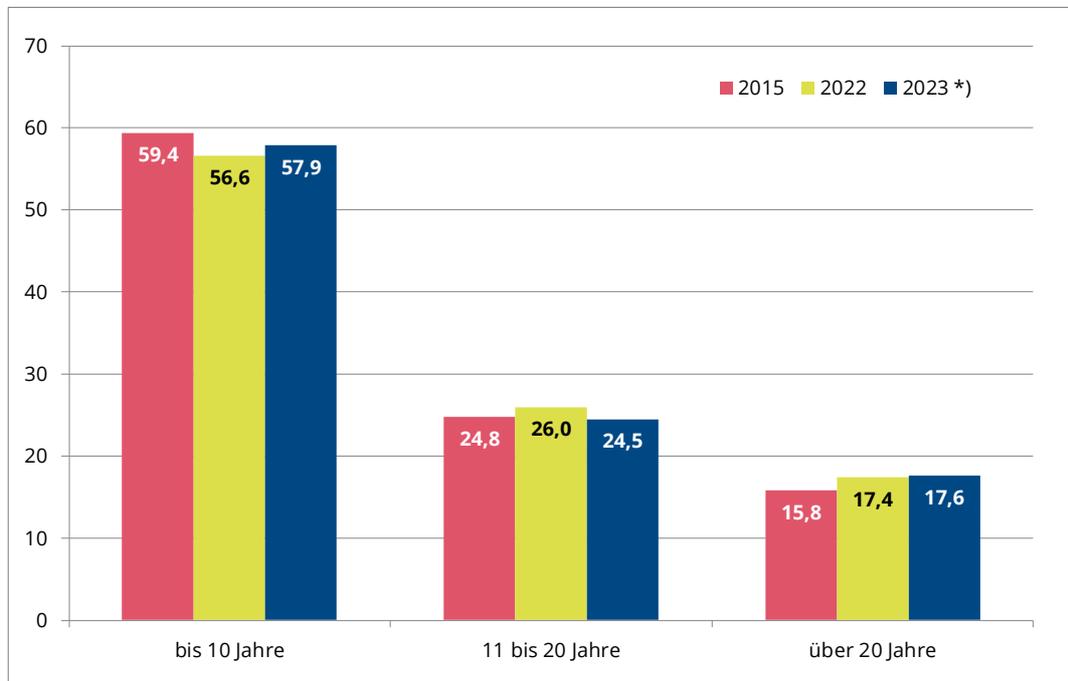
*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben

Der Anteil von Unternehmen bis zu einem Alter von 10 Jahren erhöhte sich damit auf 57,9 Prozent (Vorjahr: 56,5 Prozent). Trotz des Anstiegs bleibt dieser Prozentanteil niedriger als 2015. Gleichzeitig verringerte sich der Anteil der Altersklasse von 11 bis 20 Jahre von 26,0 (2022) auf aktuell 24,5 Prozent. Ältere und etablierte Unternehmen, die bereits über 20 Jahre alt sind, hatten 2023 einen Anteil am Insolvenzgeschehen von 17,6 Prozent. Das entspricht weitgehend dem Vorjahreswert.

Welche Auswirkungen die Verlängerung des „Sanierungs- und insolvenzrechtlichen Krisenfolgenabmildungsgesetzes“ (SanInsKG) bis Ende 2023, die die Bundesregierung nach dem Angriff auf die Ukraine erlassen hatte, auf das Insolvenzgeschehen vor allem bei mittleren und größeren Unternehmen hatte, lässt sich bislang nicht beziffern. Die Maßnahme sah Erleichterungen insbesondere für den Antragsgrund der Überschuldung und bei Eigenverwaltungen vor.

Zu vermuten ist, dass das gesamtwirtschaftliche Insolvenzgeschehen dadurch nicht beschleunigt wurde.

Abb. 2: Insolvenzen nach Unternehmensalter



*) von Creditreform geschätzt; Angaben in Prozent

Mehr Insolvenzen bei Großunternehmen und im Mittelstand

Deutliche prozentuale Zuwächse bei den Insolvenzen gab es 2023 bei mittleren und größeren Unternehmen. So lagen die Insolvenzzahlen bei Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten um 50 Prozent über dem Vorjahreswert. Ein prominentes Beispiel in diesem Jahr war die Insolvenz in Eigenverwaltung des Modehändlers Peek & Cloppenburg. Weitere Fälle sind im Abschnitt 1.8 aufgeführt. In der Größenklasse zwischen 51 und 250 Mitarbeiter erhöhten sich die Insolvenzzahlen ebenfalls sehr deutlich (plus 75,7 Prozent).

Auch bei Kleinunternehmen, laut Definition mit bis zu 10 Beschäftigten, stiegen die Insolvenzen zweistellig (plus 18,7 Prozent). Damit sind die Krisenauswirkungen in der gesamten Breite der deutschen Wirtschaft angekommen.

Tab. 4: Insolvenzen nach Mitarbeitergrößenklassen 2023 *)

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
bis 10	14.930 (12.580)	82,5 (85,8)	+ 18,7
11 bis 50	2.430 (1.650)	13,4 (11,3)	+ 47,3
51 bis 250	650 (370)	3,6 (2,5)	+ 75,7
mehr als 250	90 (60)	0,5 (0,4)	+ 50,0

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben

Die Einteilung der Größenklassen erfolgte analog zu den HGB-Größenklassen. Damit ist die Vergleichbarkeit mit früheren Veröffentlichungen nur eingeschränkt möglich.

Umschreibung der Größenklassen (angelehnt an Handelsgesetzbuch § 267)	
(1)	<p>Kleinstunternehmen sind solche, die mindestens zwei der drei nachstehenden Merkmale nicht überschreiten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. 350.000 Euro Bilanzsumme. 2. 700.000 Euro Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag. 3. Im Jahresdurchschnitt zehn Arbeitnehmer.
(2)	<p>Kleine Unternehmen sind solche, die mindestens zwei der drei in Absatz 1 bezeichneten Merkmale überschreiten und jeweils mindestens zwei der drei nachstehenden Merkmale nicht überschreiten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. 6.000.000 Euro Bilanzsumme. 2. 12.000.000 Euro Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag. 3. Im Jahresdurchschnitt fünfzig Arbeitnehmer.
(3)	<p>Mittelgroße Unternehmen sind solche, die mindestens zwei der drei in Absatz 2 bezeichneten Merkmale überschreiten und jeweils mindestens zwei der drei nachstehenden Merkmale nicht überschreiten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. 20.000.000 Euro Bilanzsumme. 2. 40.000.000 Euro Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag. 3. Im Jahresdurchschnitt zweihundertfünfzig Arbeitnehmer.
(4)	<p>Große Unternehmen sind solche, die mindestens zwei der drei in Absatz 3 bezeichneten Merkmale überschreiten. Eine Kapitalgesellschaft im Sinn des § 264d gilt stets als große.</p>

1.5 Insolvenzen nach Rechtsformen

Mit einem Anteil von 42,4 Prozent am gesamten Insolvenzgeschehen war die Rechtsform der GmbH am stärksten betroffen. Im Vergleich zum Vorjahr war ein Anstieg um 3,4 Prozentpunkte zu verzeichnen, was mit dem höheren Aufkommen im mittleren Unternehmenssektor korrespondiert. Im Mittelstand wird häufig die GmbH als Rechtsform gewählt. Leicht zu-

Anteil der GmbH höher als im Vorjahr

rückgegangen ist hingegen der Anteil der Rechtsformen Einzelunternehmen oder Freie Berufe, die zu meist bei Kleinstunternehmen und Selbstständigen verbreitet sind. Zwar sind die Insolvenzzahlen auch in diesem Bereich zuletzt gestiegen, aber eben nicht so stark. Etwas niedriger als im Vorjahr lag zudem der Anteil der UG (haftungsbeschränkt) am Insolvenzgeschehen. 10,7 Prozent aller Insolvenzfälle firmierten als Unternehmergesellschaft. Im Vorjahr lag dieser Anteil bei 11,3 Prozent.

Tab. 5: Unternehmensinsolvenzen nach Rechtsformen

■	2023 *)	2022
Gewerbebetrieb / Einzelunternehmen / Freie Berufe	40,1	43,5
GmbH	42,4	39,0
UG (haftungsbeschränkt)	10,7	11,3
GmbH & Co. KG	4,0	3,6
GbR	0,7	0,7
sonstige Rechtsformen	0,4	0,3
Verein	0,8	0,7
AG	0,5	0,5
KG	0,3	0,2
OHG	0,1	0,2
eG	0,1	0,1

*) von Creditreform geschätzt; Angaben in Prozent

1.6 Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen

Dass das steigende Insolvenzgeschehen in Deutschland mittlerweile die gesamte Breite der Wirtschaft erfasst hat, zeigt auch der Blick in die Hauptwirtschaftsbereiche. Demnach waren in allen Sektoren zweistellige Zuwächse zu verzeichnen. Im Verarbeitenden Gewerbe stiegen die Insolvenzen am stärksten (plus 30,2 Prozent), gefolgt vom Handel (plus 26,0 Prozent) und dem Dienstleistungsgewerbe (plus 22,5 Prozent). Im Baugewerbe war ein Anstieg um 20,8 Prozent zu verzeichnen. Mit mehr als 10.000 Insolvenzen war das Dienstleistungsgewerbe einmal mehr der Wirtschaftsbereich mit dem größten Anteil am Insolvenzgeschehen. Knapp 3.000 Insolvenzen wurden im Baugewerbe registriert.

2023: Hohes Insolvenzaufkommen im Verarbeitenden Gewerbe

**Tab. 6: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen
2023 *)**

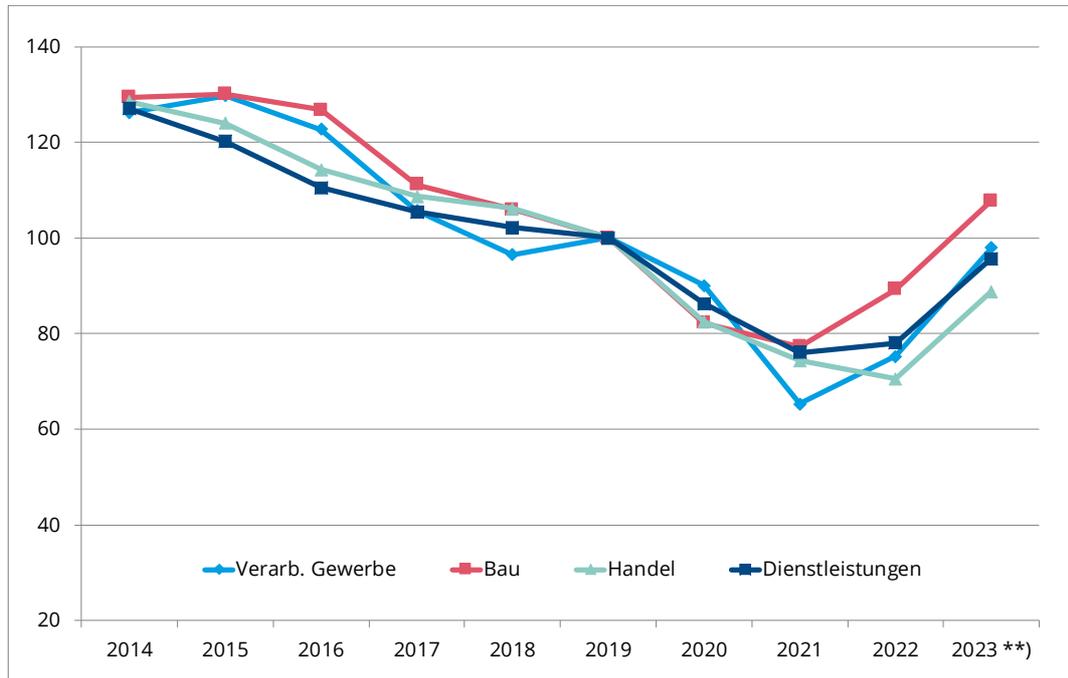
■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenz- aufkommen	%-Verän- derung zum Vorjahr
Verarb. Gewerbe	1.380 (1.060)	7,6 (7,2)	+ 30,2
Baugewerbe	2.900 (2.400)	16,0 (16,4)	+ 20,8
Handel	3.490 (2.770)	19,3 (18,9)	+ 26,0
Dienstleistungen	10.330 (8.430)	57,1 (57,5)	+ 22,5

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben

Die Trendumkehr im Insolvenzgeschehen spiegelt sich in der folgenden Abbildung. Nach jahrelangem Rückgang nahmen die Insolvenzen in allen Wirtschaftsbereichen wieder deutlich zu. Im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe liegen die Fallzahlen wieder auf einem ähnlichen Niveau wie zuletzt 2018/2019. Das Baugewerbe ist der erste Wirtschaftsbereich, der das letzte Vor-Corona-Niveau wieder erreicht bzw. überschritten hat. Trotz des aktuellen Anstiegs der Zahlen ist das jährliche Insolvenzaufkommen aber nach wie vor geringer als in früheren Jahren (beispielsweise 2014 oder 2015). Im Handel wurde im Vorjahr noch der niedrigste Stand seit mehr als 15 Jahren registriert. Mittlerweile hat das Insolvenzgeschehen auch in diesem Sektor gedreht. Im breiten Bereich des Dienstleistungsgewerbes war die Talsohle schon im Vorjahr durchschritten. Aktuell hat sich das Insolvenzgeschehen normalisiert – mit steigender Tendenz.

Insolvenzen fast auf Vor-Corona-Niveau

Abb. 3: Entwicklung der Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen *)

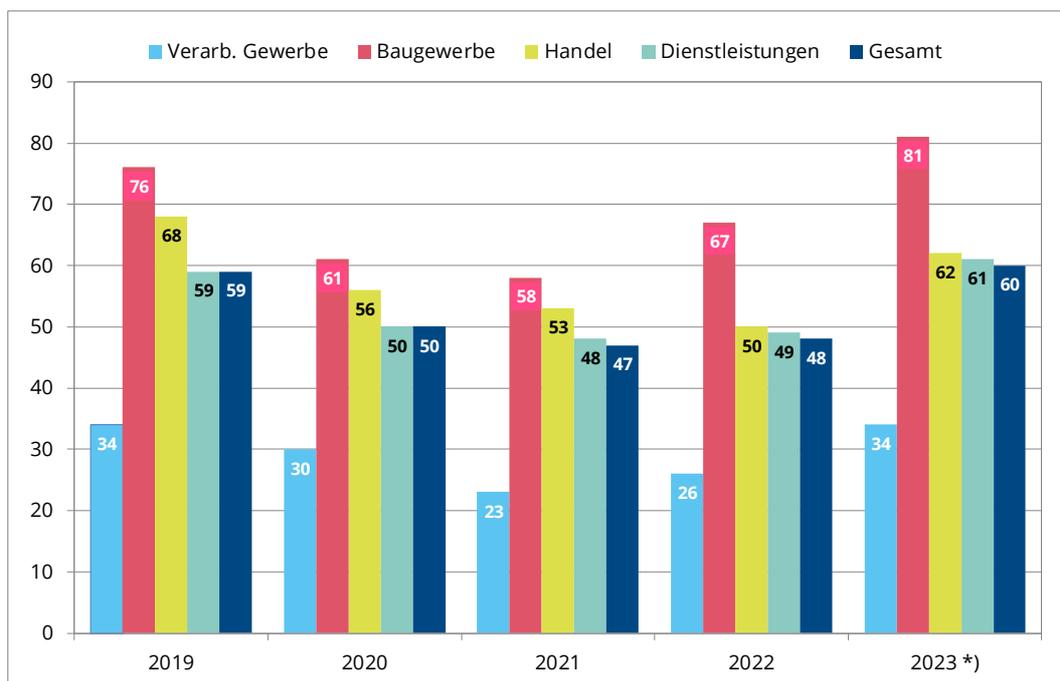


*) Index (2019 = 100); **) von Creditreform geschätzt

Hohe Insolvenzquote im Baugewerbe

Die gesamtwirtschaftliche Insolvenzquote war bereits im Vorjahr gestiegen. Dieser Trend hat sich fortgesetzt. So wurde mittlerweile eine Insolvenzquote von 60 erreicht – vor einem Jahr waren es noch 48 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen. Diese Entwicklung zeigt, dass die Unternehmensstabilität unter den jahrelangen Krisenlagen gelitten hat. Die Insolvenzquote, gemessen an der Zahl der Insolvenzen je 10.000 Unternehmen, war in allen Wirtschaftsbereichen steigend, mittlerweile auch im Handel. Die höchste Insolvenzquote weist weiterhin das Baugewerbe auf (Insolvenzquote: 81). Im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich die Insolvenzquote binnen eines Jahres von 26 auf 34 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen. Dieser Wert entspricht dem Stand des Jahres 2019.

Abb. 4: Insolvenzquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland



*) von Creditreform geschätzt

Insolvenzquote = Anzahl Insolvenzen je 10.000 Unternehmen

Quellen: Creditreform Wirtschaftsdatenbank u. Umsatzsteuerstatistik

Tab. 7: Risikobehaftete Branchen¹ 2023 („Top Ten“)

	Anzahl gefährdeter Betriebe je 10.000 Unternehmen
Abbrucharbeiten	595
Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	593
Private Wach- und Sicherheitsdienste	577
Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern	513
Hochbau	471
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	420
Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. ä.	418
Befristete Überlassung von Arbeitskräften	390
Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln a. n. g.	389
Tiefbau	384

In die Analyse einbezogen wurden nur Branchen mit mehr als 1.000 Betrieben. Quelle: Creditreform Datenbank

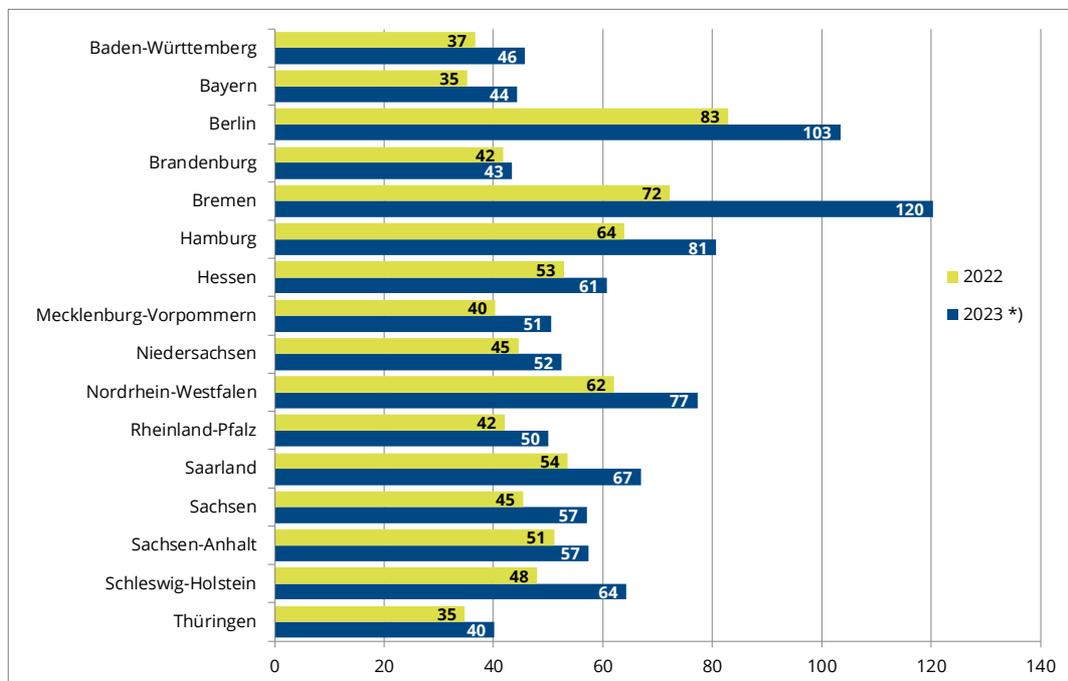
¹ Das entspricht dem Creditreform Bonitätsindex 500 (mangelhafte Bonität) und 600 (ungenügende Bonität).

Zu den stark risikobehafteten Branchen in Deutschland zählten im Jahr 2023 Abbruchunternehmen (Insolvenzquote: 595), sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste (593) und private Wach- und Sicherheitsdienste (577).

1.7 Regionale Insolvenzentwicklung

Die Insolvenzbetroffenheit weist deutliche regionale Unterschiede auf. Auf der Ebene der Bundesländer reicht die Spanne der Insolvenzquoten (Insolvenzen je 10.000 Unternehmen) von 120 in Bremen bis 40 in Thüringen. Deutlich über dem Durchschnitt liegt die Insolvenzquote auch in Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Vergleichsweise niedrig ist die Insolvenzbetroffenheit der Unternehmen in Brandenburg, Bayern und Baden-Württemberg. Regionale Branchenstruktur sowie auch unterschiedliche Altersstrukturen der Unternehmen dürften für diese Unterschiede mit verantwortlich sein.

Abb. 5: Insolvenzquoten nach Bundesländern



*) von Creditreform geschätzt

Insolvenzquote = Anzahl Insolvenzen je 10.000 Unternehmen

Quellen: Creditreform Wirtschaftsdatenbank u. Umsatzsteuerstatistik

1.8 Großinsolvenzen

Die Insolvenzentwicklung im bisherigen Jahresverlauf war wieder geprägt von Insolvenzen größerer Unternehmen. Hier ein Überblick:

Eine der größeren Insolvenzfälle der letzten Jahre im deutschen Einzelhandel betraf die **Peek & Cloppenburg KG**. Anfang März meldete der Modehändler mit Hauptsitz in Düsseldorf Insolvenz an. Das 1901 gegründete Unternehmen hat sich mittlerweile über ein Schutzschirmverfahren neu aufgestellt. Als Sachwalter fungierte Rechtsanwalt Horst Piepenburg. Nach einem Wechsel in der Unternehmensführung und einem Arbeitsplatzabbau konnte das Verfahren Anfang Oktober abgeschlossen werden. Bundesweit beschäftigte der Konzern rund 6.600 Mitarbeiter.

Der Handel bildete im Jahr 2023 einen Schwerpunkt des Insolvenzgeschehens. Neben Peek & Cloppenburg gab es weitere größere Insolvenzfälle: So meldete im März der zweitgrößte Schuheinzelhändler in Deutschland, die **Reno GmbH**, Insolvenz an. Das Unternehmen hatte zu diesem Zeitpunkt rund 180 Filialen und gut 1.000 Beschäftigte. Hintergrund für die wirtschaftliche Schieflage vor allem des stationären Handels war das zurückhaltende Konsumverhalten in der Energiepreiskrise sowie die Verlagerung in den Online-Bereich. Diese Negativentwicklungen führten auch bei anderen Vertretern der Branche zur Insolvenz. Zu nennen sind hier beispielsweise: der Modefilialist **Hallhuber GmbH** mit rund 1.100 Beschäftigten, der Herrenmodehersteller **Ahlers AG** und die **Gerry Weber Retail GmbH**. Letztere stellte im April den Antrag auf ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung. Das deutsche Filialnetz umfasst 149 Läden und 28 Outlet-Stores. Ein Großteil der eigenen Filialen soll geschlossen und sich auf den Fachhandel konzentriert werden. Der Mutterkonzern gehört mittlerweile einer Gruppe von Finanzinvestoren. Im Oktober folgte das Modehaus **Peter Hahn GmbH** aus Winterbach. Das Unternehmen mit rund 1.000 Beschäftigten stellte beim Amtsgericht Stuttgart einen Antrag auf ein Schutzschirmverfahren.

Tab. 8: Große Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2023 („Top Ten“)

■ Unternehmen	Geschäftszweck	Mitarbeiter
Peek & Cloppenburg KG, Düsseldorf	Betrieb von Textilwarenhäusern	6.600
Real GmbH, Mönchengladbach	Groß- und Einzelhandel mit Lebensmitteln und Verbrauchsgütern sowie mit Waren aller Art aus dem Food- und Non-Food-Bereich, der Betrieb von Lotto-Annahmestellen und Gaststätten (u. a.)	5.000
St. Vincenz-Krankenhaus GmbH, Paderborn	Betrieb von Krankenhäusern, Pflege-/Betreuungseinrichtungen und Ausbildungsstätten; Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, der öffentlichen Gesundheitspflege, der Altenhilfe, der Berufsbildung, des Wohlfahrtswesens, die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen, die Verfolgung kirchlicher Zwecke (u. a.)	3.000
DRK gemeinnützige Krankenhausgesellschaft mbH Rheinland-Pfalz, Mainz	Verwaltung und Betrieb von Krankenhäusern oder anderer Einrichtungen zur Versorgung und Betreuung von alten und/oder kranken Menschen	4.400
Schön Klinik Rendsburg-Eckernförde SE & Co. KG, Rendsburg	Betrieb und Unterhaltung von Krankenhäusern mit Ausbildungsstätten und sonstigen Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben	2.400
GERRY WEBER Retail GmbH, Halle	Herstellung, Im- und Export sowie der Handel mit Damenmoden und zwar insbesondere mit internationaler Mode und allen damit zusammenhängenden Geschäften	2.000
Argo GmbH, Hamburg	Überlassung eigener Arbeitnehmer nach dem AÜG, Durchführung und/oder Vermittlung von Werk- und Dienstverträgen, ferner Entwicklung und Erbringung von Personaldienstleistungen aller Art, Beratung von Unternehmen sowie Erwerb, Halten und Veräußern von Beteiligungen an andere Unternehmen	1.900
DIAKO gGmbH, Flensburg	Betrieb eines somatischen und psychiatrischen Krankenhauses	1.300
Convivo Life GmbH, Bremen	Betrieb von vollstationären, teilstationären und ambulanten Senioren- und Pflegeeinrichtungen	1.200
Hallhuber GmbH, München	Einzelhandel mit Modeartikeln aller Art	1.100

Quelle: Creditreform Datenbank

Zahlreiche Insolvenzen erschütterten in den vergangenen 12 Monaten auch das Gesundheitswesen. Viele Kliniken und Heime sind unterfinanziert und leiden unter den stark gestiegenen Energie- und Personalkosten. Gleichzeitig machen sich durch das sogenannte „Fallpauschalen-System“ in Deutschland und

auch durch den Fachkräftemangel die gesunkenen Belegungs- und Behandlungszahlen bei den Einnahmen negativ bemerkbar.

Die **Imland gGmbH** war eine der größeren der zahlreichen Insolvenzen in der Branche. Die Gesellschaft betreibt Kliniken in Rendsburg und Eckernförde. Im April wurde ein neuer Investor vorgestellt, der die Standorte mit rund 2.400 Beschäftigten übernimmt. Auch der Pflegeheimbetreiber **Convivo** mit Sitz in Bremen hatte Anfang des Jahres für fünf Gesellschaften Insolvenzanträge gestellt. Convivo betreibt mehr als hundert Pflegeeinrichtungen in mehreren Bundesländern, größtenteils im Nordwesten Deutschlands. Ein Großteil der betroffenen Einrichtungen wird von neuen Betreibern fortgeführt. Eine weitere Insolvenz im Gesundheitssektor betraf den Krankenhausbetreiber **DIAKO gGmbH**. Im Frühjahr wurde der Insolvenzplan genehmigt. In dem Flensburger Krankenhaus arbeiten ca. 1.300 Beschäftigte.

Eine weitere Großinsolvenz in der Branche betraf die **St. Vincenz Krankenhaus GmbH**, die Krankenhäuser u. a. in Paderborn betreibt. Der Gesundheitsdienstleister betreut pro Jahr ca. 23.000 Patienten und hat rund 3.000 Mitarbeiter an den Standorten Paderborn und Salzkotten. In diesem Herbst startete ein Bieterverfahren zur Investorensuche. Das eigentliche Insolvenzverfahren wurde Anfang Oktober eröffnet.

Gleich fünf Krankenhausstandorte waren von der Insolvenz der **DRK gemeinnützige Krankenhausgesellschaft mbH** mit Hauptsitz in Mainz betroffen. Im August erfolgte die Insolvenzmeldung mit dem Ziel eines Sanierungsverfahrens in Eigenverantwortung. Die Gesellschaft betreibt Kliniken in Altenkirchen, Alzey, Hachenburg, Kirchen (Sieg) und Neuwied mit mehr als 4.000 Beschäftigten und leistet einen wichtigen Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung in der Region. Der Geschäftsbetrieb soll normal weitergehen. Als Gründe für die Schieflage werden u. a. gesunkene Patientenzahlen und gestiegene Kosten genannt.

Zu den bekannteren Insolvenzfällen des Jahres zählt die Pleite des Spielwarenherstellers HABA (**Haba Sales GmbH & Co. KG**) mit Sitz in Bad Rodach. Im September hatte das Unternehmen Insolvenz in Eigenverwaltung angemeldet, nachdem Sanierungsmaßnahmen erfolglos blieben. Im Laufe des nun geplanten Verfahrens in Eigenverwaltung dürfte es zu einem spürbaren Personalabbau kommen. Die Unternehmensgruppe hatte noch Ende letzten Jahres mehr als 2.000 Beschäftigte.

Auch der Einzelhandel erlebte 2023 eine Großinsolvenz. Betroffen ist die Supermarktkette **Real GmbH**, die 62 Filialen im Bundesgebiet betreibt. Rund 5.000 Mitarbeiter waren zuletzt in den SB-Warenhäusern tätig. Ein kleiner Teil der Filialen wird von Wettbewerben weitergeführt, für die meisten Standorte gibt es offenbar aber keine Zukunft. Der Geschäftsbetrieb soll Ende März kommenden Jahres eingestellt werden.

Insolvent ist auch die ehemalige Siemens-Telefontochter **Gigaset Communications GmbH**. Das Unternehmen aus Bocholt hat rund 850 Beschäftigte und will sich mit einer Insolvenz in Eigenverwaltung sanieren.

Bekannt im Straßenbild ist der von der Deutschen Post entwickelte und eingesetzte E-Transporter **Streetscooter**. Vor zwei Jahren hatte die Deutsche Post die Firma verkauft. Nun hat der neue Hersteller **B-On** Insolvenz angemeldet. Grund sollen Liefer-schwierigkeiten sein. Die Produktion soll jedoch wieder anlaufen. Etwa 250 Beschäftigte sind betroffen.

Die Signa Gruppe des österreichischen Unternehmers Benko ist angeschlagen. Nun wird in Deutschland die erste Insolvenz gemeldet. Die **Signa Real Estate Management Germany** ist ein Entwickler hochwertiger Projekte in zentralen Lagen deutscher Großstädte. Benko hatte sich aus der Führung der Unternehmensgruppe schon zurückgezogen und die Sanierung war angelaufen. Mittlerweile häufen sich die

Pleiten von Bauträgern, weitere mittelgroße Fälle begleiten die Krise.

■ 2 **Sonderthema Bauwirtschaft: Schwächephase oder ernste Krise?**

Die Bauwirtschaft in Deutschland spürt wie keine andere Branche die krisenbedingten Verwerfungen. Ein Indiz sind beispielsweise die Baugenehmigungen, die bundesweit signifikant zurückgegangen sind. Bei Einfamilienhäusern sank die Zahl der Baugenehmigungen in den ersten neun Monaten 2023 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um fast 40 Prozent, bei Zweifamilienhäusern um mehr als 50 Prozent. Grund für den Nachfrageeinbruch sind vor allem das gestiegene Zinsniveau und insgesamt höhere Baukosten.

Dabei grassiert in Deutschland die Wohnungsnot. 400.000 Wohnungen sollten nach dem Willen der Bundesregierung pro Jahr gebaut werden. Mit Blick auf die tatsächlich entstandenen Wohnungen kann hier nur von politischer Träumerei gesprochen werden. Die aktuelle Krise hat diese Lücke noch größer werden lassen. Große wie kleine Bauherren und professionelle Projektentwickler schrecken derzeit vor Bauprojekten zurück. Dabei sah die Lage bis vor kurzem noch rosiger aus. In den vergangenen Jahren war das Baugewerbe gut ausgelastet – auch aufgrund des Fachkräftemangels. Die Auftragsbestände stiegen.

Von dem hohen Auftragsvorlauf profitieren derzeit noch einige Baubetriebe. Ab dem kommenden Jahr werden sich die Auftragsbücher aber zunehmend leeren. So lässt die Entwicklung der Baugenehmigungen als Konjunkturindikator für die Bauwirtschaft nichts Gutes erahnen. Die Politik versucht mit zahlreichen Maßnahmen gegenzusteuern (14-Punkte-Papier der Ampelregierung). So sollen überzogene Standards und bürokratische Hürden, die das Bauen deutlich verteuern, gesenkt werden, Steuererleichterungen die Baukonjunktur ankurbeln und Genehmi-

*Paradox: Steigender Bedarf,
aber sinkende Nachfrage*

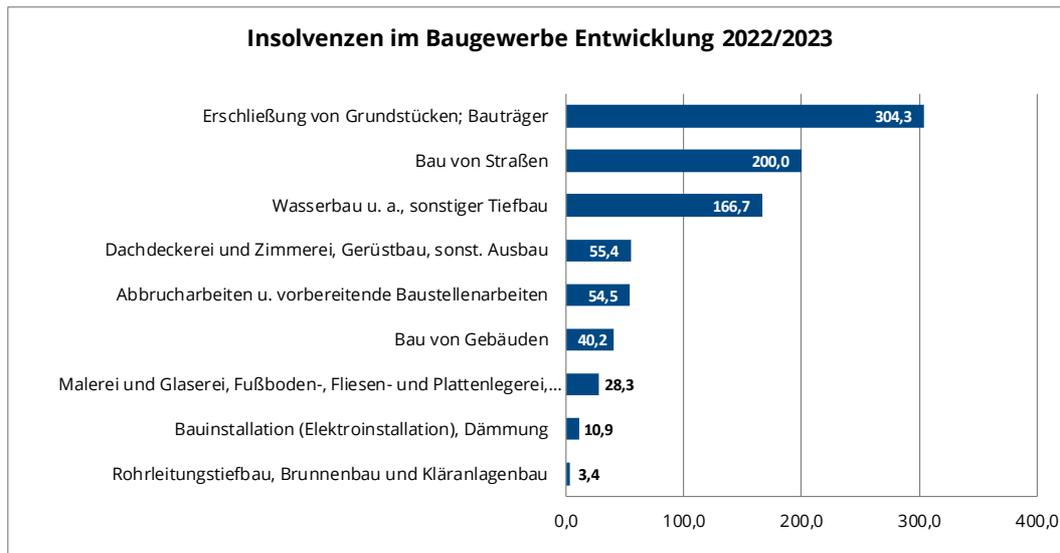
**Politik stemmt sich gegen
Krise am Bau**

gungen bei öffentlichen Bauvorhaben schneller erfolgen. Baugewerbe und Handwerk fordern, dass die beschlossenen Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden müssen.

Allerdings droht der Branche seit Ende November eher eine Verschärfung der Krise. Nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Bundeshaushalt verhängte das Finanzministerium eine Haushaltssperre. Die KfW stoppte beispielsweise mehrere Bauförderprogramme. Damit wird die Nachfrage nach Bauleistungen weiter sinken und die Bauwirtschaft als wichtiger Motor der Binnenwirtschaft vollends ins Stottern geraten.

Wie in vielen anderen Wirtschaftsbereichen haben auch im Baugewerbe die Insolvenzzahlen 2023 deutlich zugenommen (vgl. Kap. 1.6). Besonders betroffen waren innerhalb des Baugewerbes Unterbranchen wie Erschließung von Grundstücken und Bauträger, Straßenbau und sonstiger Tiefbau (vgl. Abb. 6). Aber auch in anderen Bereichen des Baugewerbes wie Dachdeckerei und Zimmerei waren deutlich mehr Insolvenzen zu verzeichnen als im Vorjahr. Auch wenn es sich vorrangig um kleinere Unternehmen handelt, werden die Kapazitäten, die so aus dem Markt ausscheiden, für Vorhaben wie die Energie- und Wärmewende eigentlich gebraucht.

Abb. 6: Insolvenzen im Baugewerbe



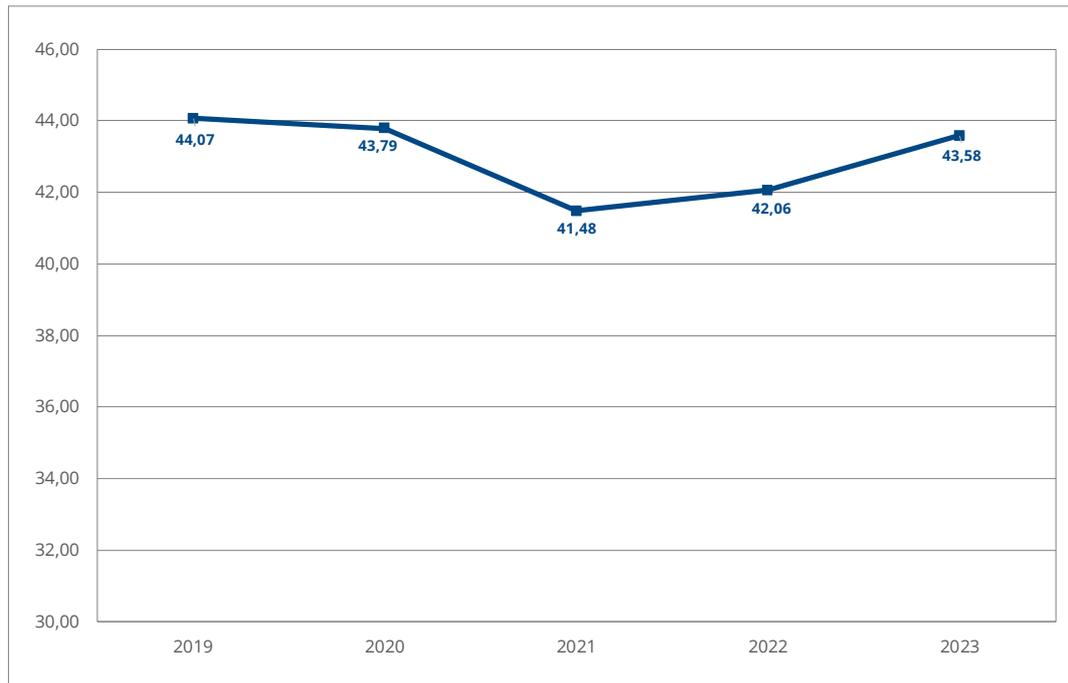
Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank; Veränderungen in Prozent

Auch andere Indikatoren deuten auf eine heraufziehende Krise im Bausektor hin. So liefern aktuelle Finanzdaten aus den Creditreform Datenbanken wichtige Erkenntnisse zur wirtschaftlichen Lage des Sektors. Zunächst erfolgt der Blick von außen auf die Baubranche, aus Sicht von Kreditgebern und Lieferanten. Anschließend richtet sich die Analyse nach innen. Mit welchen Herausforderungen hat die Baubranche in dem aktuellen Finanzierungsumfeld selbst zu kämpfen?

Kreditgeber und Lieferanten bescheinigten der Bauwirtschaft in den letzten Monaten eine Verschlechterung der Zahlungsmoral. So zahlen Debitoren aus dem Baugewerbe ihre Rechnungen zunehmend mit Verzug. Die Daten aus dem Debitorenregister Deutschland (DRD) zeigen einen Anstieg der Überfälligkeit beim Begleichen von Rechnungen von 15,10 auf 15,49 Tage. Damit müssen die Kreditgeber der Bauwirtschaft wieder länger auf ihr Geld warten und auch die betroffenen Rechnungswerte nahmen zu. Im Durchschnitt waren es im 1. Halbjahr 2023 43,58 Tage Forderungslaufzeit. Das waren 1,5 Tage mehr als im Vorjahreszeitraum (vgl. Abb. 7).

***Kreditgeber und Lieferanten:
Verschlechterung der Zahlungsmoral***

Abb. 7: Forderungslaufzeit von Rechnungen an Bauunternehmen



Angaben in Tagen (jeweils 1. Halbjahr)

Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank

Allerdings ist das Baugewerbe selbst von schlechteren Finanzierungsbedingungen infolge von Konjunkturrückgang und Zinswende betroffen. So trübte sich auch das Zahlungsverhalten der Kunden der Bauunternehmen spürbar. Die von Creditreform befragten Baubetriebe berichteten vermehrt von hohen Forderungsausfällen (vgl. Tab. 9). Jeder siebte Befragte (14,9 Prozent) meldete im Herbst 2023 Forderungsverluste von mehr als 1,0 Prozent des Umsatzes (Vorjahr: 8,5 Prozent). Wenn Kunden nicht oder verspätet zahlen, belastet das die Liquiditätssituation des Leistungserbringers. Auf den Kosten bleibt das betroffene Unternehmen meist sitzen. Häufen sich Verluste, gerät die eigene Unternehmensstabilität in Gefahr.

Tab. 9: Durchschnittliche Forderungsverluste (in Prozent zum Umsatz) im Bauhauptgewerbe

■	bis 0,1	bis 0,5	bis 1,0	über 1,0	keine
2023	31,9	10,6	6,4	14,9	31,9
2022	28,3	24,5	10,4	8,5	26,4
2019	24,8	13,9	14,9	6,9	37,6

Angaben in Prozent der Befragten, Rest o. A.

Tab. 10: Zahlungsverhalten der Kunden des Baugewerbes

■	Überfälligkeit *)	Zahlungsziele *)	Außenstands-dauer *)	Forderungsvolumen pro Kreditor **)
2023	17,69	25,74	43,43	2.873
2022	15,47	26,05	41,52	2.246

*) Angaben in Tagen (jeweils 1. Halbjahr)

***) offene Forderungen in 1.000 Euro (jeweils 1. Halbjahr)

Weitere Daten zum Zahlungsverhalten untermauern die These, dass der Druck auf die finanzielle Stabilität im Baugewerbe zuletzt gestiegen ist. Bauunternehmen, die regelmäßig Zahlungsinformationen in das Debitorenregister Deutschland einliefern, meldeten für das 1. Halbjahr 2023 einen Anstieg des Zahlungsverzugs auf durchschnittlich 17,69 Tage. Dieser Wert liegt deutlich über dem, was die meisten anderen Wirtschaftsbereiche verzeichneten und auch höher als im Vorjahreszeitraum (1. Halbjahr 2022: 15,47 Tage). Diese Entwicklung verdeutlicht, dass auch die Kreditoren aus der Bauwirtschaft länger auf den Geldeingang warten müssen und Ausfälle erleiden. Die Forderungslaufzeit/Außenstandsdauer betrug im 1. Halbjahr 2023 43,43 Tage. Im Vorjahreszeitraum waren es noch 41,52 Tage. Zudem meldete das Baugewerbe ein steigendes Forderungsvolumen sowie mehr überfällige Rechnungsbelege (vgl. Tab. 10). Auch wenn die Datenbasis zur Einschätzung des Kundenzahlungsverhaltens auf eher größeren Branchenvertretern beruht, lassen sich doch negative Entwicklungen und steigende Belastungen erkennen. Bereits im Jahr 2023 war der Insolvenztrend im Baugewerbe klar aufwärtsgerichtet. Ein weiterer Anstieg ist wahrscheinlich.

Zahlungsinformationen unter der Lupe

■ 3 Zusammenfassung

Deutschland befindet sich in einer Rezession. 2023 wird die Wirtschaftsleistung aller Voraussicht nach schrumpfen. Ursachen dafür sind die immer noch hohe Inflationsrate, Unsicherheit sowie die Kaufzurückhaltung der Verbraucher. Die zunehmenden Belastungen in den vergangenen 12 Monaten haben das Insolvenzgeschehen befeuert. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist 2023 um 23,5 Prozent gestiegen. So wurden in Deutschland im Jahresverlauf 18.100 Unternehmensinsolvenzen registriert. Der jahrelange Rückgang der Insolvenzzahlen bei den Unternehmen (elfmal in Folge) war bereits 2022 zu Ende gegangen. Mittlerweile liegen die Unternehmensinsolvenzen wieder im Bereich des letzten Vor-Corona-Jahres 2019.

Bei den Verbrauchern setzte sich der noch im Vorjahr deutlich rückläufige Trend (minus 16,5 Prozent) nicht fort. 2023 wurden 66.200 Verbraucherinsolvenzverfahren registriert. Das ist ein leichtes Plus gegenüber dem Vorjahr (2022: 65.930 Fälle). Dabei herrschte am Arbeitsmarkt in den vergangenen Monaten noch weitgehend Stabilität.

Insgesamt wurden in Deutschland im Jahr 2023 109.200 Insolvenzverfahren registriert. Das war ein Anstieg um 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2022: 105.180). Der Blick in die Zukunft lässt angesichts anhaltend schwacher Konjunkturaussichten und weltweiter Risiken weiter steigende Zahlen erwarten.

Die Gläubigerschäden aufgrund von Unternehmensinsolvenzen lagen mit schätzungsweise 34 Mrd. Euro leicht über dem Vorjahresniveau (32,7 Mrd. Euro). Die durchschnittliche Schadensumme pro Insolvenzfall belief sich auf 1,9 Mio. Euro. Insolvenzbedingt sind zudem rund 205.000 Arbeitsplätze bedroht bzw. weggefallen (Vorjahr: 175.000).

Deutliche prozentuale Zuwächse gab es bei mittleren und größeren Unternehmen. So lagen die Insolvenzzahlen bei Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten um 50 Prozent über dem Vorjahreswert. Prominente große Fälle waren die Insolvenz in Eigenverwaltung des Modehändlers Peek & Cloppenburg und die Supermarktkette Real. Bei mittleren Unternehmen mit 51 bis 250 Mitarbeitern war ein Anstieg der Insolvenzzahlen um 75,7 Prozent zu verzeichnen. Bei Kleinunternehmen mit bis zu 10 Beschäftigten stiegen die Insolvenzen ebenfalls zweistellig (plus 18,7 Prozent), aber nicht so stark wie in den anderen Größenklassen.

Die multiplen Krisen sind damit mittlerweile in der gesamten Breite der Wirtschaft angekommen. In allen Hauptwirtschaftsbereichen war ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Dabei stiegen die Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe am stärksten (plus 30,2 Prozent), gefolgt vom Handel (plus 26,0 Prozent). Im Baugewerbe war ein Anstieg um 20,8 Prozent zu verzeichnen. Mehr als 10.000 Insolvenzen wurden im Dienstleistungsgewerbe gezählt. Der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr betrug hier 22,5 Prozent.

Der Trend bei den Unternehmensaltersklassen war wie folgt: Die Fallzahlen bei sehr jungen (bis 2 Jahre) und älteren Unternehmen (über 10 Jahre) stiegen weniger stark an als in den mittleren Altersklassen. So verringerte sich der Anteil von Unternehmen mit einem Alter von über 10 Jahren leicht auf 42,1 Prozent (Vorjahr: 43,5 Prozent).

Der Anteil der GmbH am gesamten Insolvenzgeschehen stieg auf 42,4 Prozent (Vorjahr: 39,0 Prozent). Damit war diese Rechtsform am stärksten betroffen, was mit dem höheren Aufkommen im eher größeren Unternehmenssegment korrespondiert. Etwas niedriger als im Vorjahr war der Anteil der UG (haftungsbeschränkt). 10,7 Prozent aller Insolvenzfälle firmierten als Unternehmergesellschaft (Vorjahr: 11,3 Prozent).

Einen gesonderten Blick richtete die Analyse diesmal auf das Baugewerbe. Die Bauwirtschaft in Deutschland steht vor schwierigen Zeiten. Hohe Zinsen und steigende Baukosten schrecken viele Bauherren ab. So sind beispielsweise die Baugenehmigungen regelrecht eingebrochen. Damit bahnt sich für die nächsten Monate eine Verschlechterung der Auftragslage an. Die Insolvenzzahlen im Bausektor reagierten bereits. Besonders betroffen waren Unterbranchen wie Erschließung von Grundstücken und Bauträger sowie Straßenbau und sonstiger Tiefbau.

Auch aktuelle Finanzdaten aus den Creditreform Datenbanken deuten auf eine heraufziehende Krise im Bausektor hin. Dabei zeigt der Blick von außen auf die Baubranche, aus Sicht von Kreditgebern und Lieferanten, in den letzten Monaten eine Verschlechterung der Zahlungsmoral. Debitoren aus dem Baugewerbe zahlten ihre Rechnungen zunehmend mit Verzug. Die Kreditgeber der Bauwirtschaft mussten länger auf ihr Geld warten. Die Forderungslaufzeit erhöhte sich im 1. Halbjahr 2023 um rund 1,5 Tage auf 43,58 Tage. Die Überfälligkeit stieg von 15,10 auf 15,49 Tage.

Allerdings ist auch das Baugewerbe selbst mit schlechteren Finanzierungsbedingungen konfrontiert. Bauunternehmen bewerten das Zahlungsverhalten ihrer Kunden zunehmend schlechter. Forderungsverluste nehmen zu und die Liquiditätsslage der betroffenen Unternehmen gerät unter Druck. So meldeten Bauunternehmen für das 1. Halbjahr 2023 einen Anstieg ihres Zahlungsverzugs auf durchschnittlich 17,69 Tage. Dieser Wert liegt deutlich über dem, was die meisten anderen Wirtschaftsbereiche verzeichneten und auch höher als im Vorjahreszeitraum (1. Halbjahr 2022: 15,47 Tage). Zudem meldete das Baugewerbe ein höheres offenes Forderungsvolumen sowie mehr überfällige Rechnungen. Auch durch diese negativen Entwicklungen dürften die Belastungen im Baugewerbe weiter zunehmen.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung
Hammfelddamm 13, D - 41460 Neuss
Leitung: Patrik-Ludwig Hantzsch
Telefon: (02131) 109-172
E-Mail: p.hantzsch@verband.creditreform.de
Internet: www.creditreform.de

Alle Rechte vorbehalten

© 2023, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hammfelddamm 13, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 04. Dezember 2023